

Eg. per R. Maier  
am 16.10.2019  
12:30 Uhr

Herrn  
Kreistagsvorsitzenden Karl-Heinz Funck  
Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Vorlage Nr.: 1196/2019

Gießen, 16.10.2019

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender Funk,

für die nächste Kreistagsitzung bitten wir folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen:

**Antrag vom Ausländerbeirat des Landkreises Gießen: Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten**

**Der Kreistag möge beschließen:**

**Der Landkreis Gießen unterzeichnet die Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“<sup>1</sup> und schließt sich dem Bündnis „Städte Sichere Häfen“<sup>2</sup> an.**

**Der Landkreises Gießen erklärt sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE, welche aus Engagement gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung der Seenotretter\*innen bestehen.**

**Der Landkreis Gießen erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsschiff, ähnlich eines Relocation-Programms, direkt und unkompliziert aufzunehmen und unterzubringen.**

**Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Hessen hergestellt.**

**Der Landkreis Gießen sorgt für ein langfristiges Ankommen, indem alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, zur Verfügung gestellt werden.**

**Der Landkreis Gießen erklärt sich bereit, gemeinsam mit anderen „Städten Sicherer Häfen“ die Forderungen des Bündnisses politisch verfolgen und Gewicht verleihen. Sie setzt sich beim Land Hessen und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein.**

**Der Landkreis Gießen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen der Landkreis zu einem Sicheren Hafen wird.**

<sup>1</sup> Siehe Anhang oder [https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019\\_06\\_03\\_potsdamer\\_erklaerung.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.potsdam.de/das-buendnis-staedte-sicherer-haefen>

Begründung:

Jedes Jahr sterben tausende Menschen bei ihrer Überfahrt nach Europa im Mittelmeer. Ziviler Seenotrettungsorganisationen wie Sea-Watch, Jugend Rettet, Sea-Eye und Lifeline, und deren Schiffe, zB. Alan Kurdi, Sea Watch 3, luventa , Ocean Viking, Open Arms und Mare Liberum, retten Menschen vor dem Ertrinken vor den Küsten Europas und treten einer menschlichen Katastrophe im Mittelmeer entgegen.

Die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ist als Ausdruck der Menschlichkeit tief verankert in der Jahrhunderte alten, maritimen Tradition und im internationalen Seerecht. Völlig unabhängig von der Haltung zur europäischen Grenzpolitik und davon wie man Zuwanderung nach Europa bewertet, nichts rechtfertigt es, das Retten von Menschen aus Seenot zu behindern.

Seit der Gründung der SEEBRÜCKE im Juli 2018 haben sich 92 Städte, Gemeinden und Kommunen mit der SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.<sup>3</sup> Darunter in Hessen die Städte Darmstadt, Kassel, Marburg und Wiesbaden, und die Landkreise Groß-Gerau, Darmstadt-Dieburg und der Werra-Meißner-Kreis. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen.

In September diesen Jahres hatte Innenminister Horst Seehofer vorgeschlagen, dass Deutschland, um Italien zu entlasten und die Verteilung von Flüchtlingen in Europa voran zu bringen, jeden vierten Flüchtling einreisen lassen soll, der nach einer Seenotrettung in Italien gelandet ist. *"Die Gespräche laufen noch. Aber wenn alles bleibt wie besprochen, können wir 25 Prozent der aus Seenot geretteten Menschen übernehmen, die vor Italien auftauchen. Das wird unsere Migrationspolitik nicht überfordern."*<sup>4</sup>

Das selbe gilt für den Landkreis Gießen, wo durch das hohe Engagement vieler Ehrenamtlichen, der Kreisverwaltung und den Kreiskommunen in den vergangenen Jahren viele Geflohene gut aufgenommen und in die Gesellschaft inkludiert wurden.

Seit Juli 2018 sind 2200 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet worden. 225 davon sind bisher nach Deutschland gekommen (laut Spiegel, Stand 27.09.2019)<sup>5</sup>.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Heinrich Bedford-Strohm spricht im Rahmen des Einsatzes eines kirchlichen Rettungsschiff davon, dass es wichtig ist ein klares Zeichen zu setzen, dass wir uns nicht mit einer Politik des Sterben-Lassens auf dem Mittelmeer zufriedengeben, und dass die Grunddaten der Humanität in Europa sich nicht verschieben dürfen.<sup>6</sup>

Frau Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete die Seenotrettung im Mittelmeer als "Gebot der Menschlichkeit"<sup>7</sup>

Mit freundlichen Grüßen



Tim van Slobbe

Vorsitzender des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen

Anhang: Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“<sup>8</sup>

3 Stand 29. September 2019, <https://seebruecke.org/startseite/sichere-haefen-in-deutschland/>

4 <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-seenotrettung-italien-mittelmeer-1.459747>

5 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-horst-seehofer-beharrt-auf-quotenloesung-in-asyfrage-a-1288945.html>

6 [https://www.deutschlandfunk.de/evangelische-kirche-zur-seenotrettung-kirchliches.886.de.html?dram:article\\_id=452951](https://www.deutschlandfunk.de/evangelische-kirche-zur-seenotrettung-kirchliches.886.de.html?dram:article_id=452951)

7 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-bezeichnet-seenotrettung-als-gebote-der-menschlichkeit-a-1281789.html>

8 [https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019\\_06\\_03\\_potsdamer\\_erklaerung.pdf](https://www.potsdam.de/sites/default/files/documents/2019_06_03_potsdamer_erklaerung.pdf)

### Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“

Im Sommer 2018 lag das zivile Rettungsschiff *Lifeline* eine Woche lang mit 234 Menschen an Bord vor der europäischen Küste im Mittelmeer. Obwohl mehrere europäische Länder und Städte bereit waren, die aus Seenot Geretteten aufzunehmen, wurde dem Schiff das Einlaufen in einen Hafen verweigert.

Vor diesem Hintergrund gründete sich die Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“. Bis dato erklärten sich über 50 deutsche Städte mit der Initiative solidarisch. Diese haben sich in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Resolutionen und Appellen an die Bundesregierung gewandt und ihre Bereitschaft signalisiert, die aus Seenot Geretteten *zusätzlich* aufzunehmen. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität und Mitmenschlichkeit und sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, um die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer zu beenden. In der Bundesrepublik wirkt das Verhalten des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat wenig konstruktiv, wenn es darum geht, diese Angebote der direkten Hilfe zu ermöglichen.

Eingedenk dieser Situation haben sich im April 2019 mehrere Vertreter\*innen der sich mit der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ solidarisch erklärenden Städte in der Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Im Ergebnis des Arbeitstreffens wiederholen wir, die „Städte Sicherer Häfen“, unsere Bereitschaft, aus Seenot gerettete Schutzsuchende *zusätzlich* aufzunehmen. In diesem Zusammenhang erklären wir uns erneut mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer solidarisch.

Als „Städte Sicherer Häfen“ fordern wir von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die schnellstmögliche Zusage, dass wir aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden die aus Seenot im Mittelmeer geretteten Geflüchteten auch aufnehmen können. Wir fordern die Bundesregierung und den Bundesinnenminister auf, uns „Städte Sicherer Häfen“ bei der praktischen Aufnahme, der Unterbringung und der Finanzierung zu unterstützen.

Wir „Städte Sicherer Häfen“ fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister die Einrichtung eines an den rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Verteilungsschlüssels für die aus Seenot geretteten Schutzsuchenden. Wir fordern zu diesem Zweck eine Bund-Länder-Vereinbarung im Sinne einer direkten Aufnahme von aus Seenot Geretteten von Bord in die aufnahmewilligen Kommunen und Gemeinden. Die Verteilung soll neben dem *Königsteiner Schlüssel* durch einen zu vereinbarenden *zusätzlichen Schlüssel* geregelt werden.

Die aufnehmenden Kommunen und Gemeinden fordern von der Bundesregierung und dem Bundesinnenminister dabei die rechtliche und finanzielle Gleichstellung und Gleichbehandlung der zusätzlich Aufgenommenen. Den aus Seenot Geretteten muss selbstverständlich der Zugang zu einem fairen, rechtsstaatlichen Asylverfahren gewährt werden.

Potsdam, den 03.06. 2019  
Die Städte Sicherer Häfen

Für die „Städte Sicherer Häfen“: Landeshauptstadt Potsdam/ Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam,  
Friedrich-Ebert-Str. 79 – 81, 14469 Potsdam, [tolerantespotsdam\[at\]rathaus.potsdam.de](mailto:tolerantespotsdam[at]rathaus.potsdam.de)